



Der Landesschülerbeirat

PRESSEMITTEILUNG

28. März 2019

Nr. 4/2019

Kommunikation statt sinnlosen Bestrafungen

Schulleitungen handhaben die „Einhaltung der Schulpflicht“ unterschiedlich

„Leider wird in Deutschland oft übereinander geredet und die direkte Kommunikation verweigert. Beim Thema Streik können von einer offenen Kommunikation Schülerinnen und Schüler als auch Schulleitungen nur profitieren.“, so Leandro Cerqueira Karst, Vorsitzender der Landesschülerbeirats.

Die Klimastreiks und Demonstrationen rund um die Bewegung „Fridays for Future“ halten seit Wochen an. Auch in den nächsten Wochen sind in vielen Städten Baden-Württembergs weitere Demonstrationen geplant.

Der Landesschülerbeirat freut sich, dass die Diskussionen mittlerweile dem Thema zugewandt stattfinden und nicht ausschließlich über die Schulpflicht diskutiert wird. „Auch die Ministerin nimmt das Anliegen der Schülerinnen und Schüler ernst und wandte sich in einem Brief an die Schulleitungen.“, merkt Leandro Cerqueira Karst positiv an.

Unter anderem sind die Schulleitungen auch darauf hingewiesen worden, dass sie für die Einhaltung der Schulpflicht verantwortlich seien. Somit ist die Handhabung mit den bei den Streiks beteiligten Schülerinnen und Schülern von Schule zu Schule unterschiedlich.

Der Landesschülerbeirat wünscht sich eine ehrliche Kommunikation zwischen „Streikenden“ und den Schulleitungen. Dabei sei es wichtig, dass sich Schulleitungen und betroffene Schülerinnen und Schüler respekt- und verständnisvoll auf Augenhöhe begegnen würden, meint Leandro Cerqueira Karst. Dies ist auch im Hinblick auf Demokratiebildung an Schulen essentiell.

Die Schülerinnen und Schüler für das Fehlen im Unterricht mit mehrtägigen Schulverweisen zu bestrafen ist paradox. Ein Fehlen wird nicht durch weiteres Fehlen ausgeglichen.

Um die Schülerinnen und Schüler von den Straßen zu holen können Schulen selbst Aktionen anbieten. Dabei sind vor allem die Schülerinnen und Schüler in der Pflicht, etwaige Aktionstage oder Veranstaltungen ins Leben zu rufen. Allerdings müssen die Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer für die Anliegen der Schülerinnen und Schüler auch einen Raum und Zeit bieten.

Der Landesschülerbeirat plant zum Ende des Schuljahres eine beispielhafte Aktion. Im Rahmen einer Klimakonferenz werden sich Schülerinnen und Schüler verschiedener Altersgruppen mit den jeweiligen Interessenvertretern austauschen können. Die Kommunikation steht dabei selbstverständlich im Vordergrund. Das Ziel muss sein, dass alle Parteien ihre Anliegen äußern können und sich auf weitere zielführende Gespräche einigen.

Kontakt für Rückfragen

Roman Jauch | Pressesprecher | +49 (0) 172 73 888 16 | pressesprecher@lsbr.de

Hintergrundinformation zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Als offizielles Beratungsgremium des Kulturministeriums und demokratisch legitimierte Vertretung von 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg wird der Landesschülerbeirat in alle Entscheidungen der Bildungspolitik einbezogen. Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesvorlagen werden im Gremium beraten und in Form einer Stellungnahme an das Kultusministerium und die Ministerin versandt. Außerdem arbeitet der Landesschülerbeirat an verschiedenen schülerbezogenen Themen wie Nachhaltigkeit, Schülerbeteiligung, Inklusion, Integration, Berufsorientierung, Medien, Musik und vielem mehr. Als demokratisch legitimierte Vertretung der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ist der Landesschülerbeirat kontinuierlich in Kontakt mit der Kultusministerin und Landtagsabgeordneten sowie anderen Akteuren der Bildungspolitik.

Weitere Informationen zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg finden Sie im Internet unter www.lsbr.de.